

Schadstoffe einfach ausbuddeln?

Der Petitionsausschuss des Landtags widmete sich der Grundwasserbelastung in Köndringen

Teningen/Köndringen. Im Rathaus tagte am Freitag der Petitionsausschuss des Landtages. Dabei ging es um die Grundwasserbelastung im Bereich der Siedlung sowie die in diesem Gebiet geplante Bebauung. Der Petitionsausschuss hörte die Stellungnahmen der Bürgerinitiative sowie die des Landratsamtes und der Gemeinde an. Eine Entscheidung soll jedoch erst in den kommenden Wochen erfolgen.

Hintergrund

Von 1928 bis 1973 benutzte der Industriebetrieb „Frako“ zur Reinigung und Entfettung seiner Kondensatoren sogenannte chlorierte Kohlenwasserstoffe. Diese enthielten unter anderem die umweltschädlichen Stoffe PCB (Polychlorierte Biphenyle) und LCKW (Leichtflüchtige Chlorierte Kohlenwasserstoffe). Über das Firmengelände sowie über die damalige Mülldeponie „Kiesgrube“ gelangten die Stoffe ins Grundwasser. Teils wurde der Müll auch vergraben. Erst 1988 erkannte der Landkreis die Problematik und sorgt seither mit Sanierungsmaßnahmen für eine Reduktion der Schadstoffe.

Position der Bürgerinitiative

Im Mai 2011 wurden die Bewohner des Köndringer Teilbereichs „Siedlung“ auf diese „Altlasten“ aufmerksam gemacht. Auslöser war die Nachbarbeteiligung bei einer Bauanfrage. Im Bereich der Pferdekoppel

möchte der Eigentümer auf seinem Grundstück mehrere Häuser bauen. Der Gemeinderat genehmigte das Vorhaben. Als Reaktion gründeten die Bewohner der Siedlung im Anfang 2012 eine Bürgerinitiative. „Für uns geht es um die Aussicht auf sauberes Grundwasser unter unseren Häusern“, argumentierte Sprecher Alfred Winski. „Für die Umsetzung des Bebauungsplans ist unbedingt eine Umweltprüfung erforderlich“, forderte er. Mit offenen Briefen wurde die Gemeinde aufgefordert, Stellung zu beziehen. Diese reagierte zunächst zögerlich. Auch das zuständige Landratsamt hielt sich vorerst bedeckt. Stattdessen veröffentlichte die Verwaltung im Amtsblatt missverständliche Meldungen. So riet sie den Bürgern darauf zu verzichten, den Garten mit Grundwasser zu spritzen. Als Vorsorgemaßnahme wurde zudem ein Brunnen am Kindergarten abgestellt. Desweiteren prangerte die Bürgerinitiative die schlechte Informationspolitik an.

Position der Behörden

Aufgrund der öffentlichen Kritik organisierte die Verwaltung eine Infoveranstaltung. „Wie eine Probe ergab, ist in Bodennähe keinerlei PCB-Anreicherung festzustellen“, erklärte Jens Duennebier vom zuständigen Amt für Wasserschutz und Bodenschutz. Er bekräftigte, dass aufgrund der starken Anhaftung des PCB auch kein Aufstieg aus dem Grundwasser

stattfinde. Relativierend gestaltete sich auch der Vortrag von Dr. Armin Dietz. Der Leiter des Gesundheitsamts verglich die „eher geringe“ Belastung im Grundwasser mit den zigfach höheren PCB-Belastungen in Speisen wie Fisch, Milchprodukten und sogar Muttermilch. Das Problem wurde somit zwar relativiert, aber nicht endgültig gelöst.

Der Petitionsausschuss

Unter dem Eindruck der Infoveranstaltung rief die Bürgerinitiative den Petitionsausschuss des Landtags an. Dieser wurde am Freitagvormittag im Sitzungssaal des Rathauses vorstellig. Dabei saßen sich gut zwei Dutzend an der Diskussion beteiligte Vertreter gegenüber. Im Publikum verfolgten weitere 60 Personen das Geschehen. Geleitet wurde die Anhörung von MdL Thomas Marwein (Grüne). Als Co-Berichterstatter fungierte MdL Werner Raab (CDU). Sowohl die Behörden als auch die Bürgerinitiative legten noch einmal ihre Sicht der Dinge dar. „Es ist wichtig, dass wir die Bauanfrage und die Grundwasserbelastung getrennt voneinander betrachten“, gab Marwein der Diskussion eine Richtung.

Beim **Thema Bauanfrage** berief sich Bürgermeister Heinz-Rudolf Hagenacker auf den Paragraphen 34 zur städtebaulichen Nachverdichtung. „Dies ist ein übliches und bürgerfreundliches Verfahren“, so der Rathauschef. Auch der Gemeinderat

habe dem Bauvorhaben im Juli 2012 zugestimmt (22 zu 2 Stimmen).

Einige neue Tendenzen ergaben sich beim **Thema Grundwasserbelastung**. In seinem Vortrag forderte Bf-Sprecher Alfred Winski eine „völlige Neubewertung der Angelegenheit“. Laut ihm befände sich mit großer Wahrscheinlichkeit auch „hydroxyliertes PCB“ - in Fachkreisen auch „Metaboliten“ genannt - im Boden. Diese entstünden aus der Reaktion mit anderen Stoffen und seien bisher unerforscht. Der Ausschuss bat Winski, die entsprechenden Unterlagen nachzureichen. Von Seiten des Landratsamts gab es wenig neues. Aufgrund der starken Regenfälle im Frühjahr stieg der Grundwasserspiegel. Dabei ging die PCB-Belastung geringfügig nach oben. Die Leistung der Sanierungspumpen wurde dementsprechend angepasst. Im Landratsamt gilt weiterhin die Meinung, dass keine gesundheitliche Beeinträchtigung vorliege.

„Warum buddelt man die Altlasten nicht einfach aus?“, stellte Gemeinderat Dirk Kölblin eine zentrale Frage. „Die Suche nach den vergrabenen Schadstoffen gleicht der nach einer Nadel im Heuhaufen“, antwortete Dirk Dünnebier. Auch historische Recherchen und Gespräche mit früheren Mitarbeitern ergaben keine Erkenntnisse. Der Petitionsausschuss wird in den kommenden Wochen ein Ergebnis vermelden. Man darf gespannt sein. **Daniel Gorzalka**